

Beschluss der VV der Berliner VHS-Dozent*innen am 21.9.2024

Arbeitsauftrag für die Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung

Die Vollversammlung hat beschlossen:

Wir beauftragen die Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung, sich weiterhin mit ver.di für soziale und finanzielle Verbesserungen in unserer Berufsgruppe einzusetzen. Bei der geplanten Umstrukturierung des VHS-Lehrpersonals soll es für keine Kursleitendengruppe Verschlechterungen geben.

1. Die Vertretung setzt sich dafür ein, dass Dozent*innen in den Umwandlungsprozess aktiv einbezogen werden, und setzt ihre Kontakte in der Berliner Politik fort. Die Vollversammlung beauftragt die Berliner Dozent*innen-Vertretung, Gespräche und Verhandlungen mit dem Berliner Senat und den Verwaltungen auf Landes- und Bezirksebene zu führen.
2. Die Vertretung stellt folgende Forderungen zur VHS-Beschäftigungsstruktur für Lehrende.

Weiterentwicklung des Drei-Säulen-Konzepts des Berliner Senats

Säule 1 Festanstellungen

- a. Eingruppierung in mindestens Entgeltgruppe 12
- b. Berücksichtigung der freiberuflichen Berufsjahre als Lehrende bei den Erfahrungsstufen
- c. VHS-Dozent*innen aus allen Programmbereichen sollen die Option auf die Umwandlung in eine feste Stelle erhalten

Säule 2 Arbeitnehmerähnliche

Erhalt der sozialen Errungenschaften (wie in den VHS-Ausführungsvorschriften)

Darüber hinaus:

- a. Abführen der Beiträge von der VHS direkt an die Sozialkassen
- b. Arbeitslosenversicherung für Dozent*innen, hälftig von VHS
- c. Bei Kursverlust - Ausfallzahlung von 90 Prozent
- d. 30 Tage Urlaub
- e. Jahresausgleichszahlung bei deutlicher Auftragsminderung gegenüber dem Vorjahr
- f. Tarifvertrag nach dem Vorbild bei öffentlichen-rechtlichen Rundfunkanstalten

Säule 3 freie Freie

Bei Sozialversicherungspflicht (über Minijob hinaus): hälftige Beiträge des Auftraggebers

Wir beauftragen die Berliner VHS-Dozent*innen-Vertretung ferner,

- a. mit den bezirklichen Kursleitenden-Vertretungen zusammenzuarbeiten
- b. die Einbeziehung von arbeitnehmerähnlichen freien Mitarbeiter*innen in das Berliner Personalvertretungsgesetz weiterzuerfolgen
- c. schnelle und flexible Lösungen für die Dozent*innen zu fordern, die von der Deutschen Rentenversicherung als "abhängige Beschäftigte" erklärt wurden und werden
- d. sich für ein faires Konfliktmanagement an den Volkshochschulen einzusetzen
- e. weiterhin auf aktuelle Ereignisse zu reagieren